

# Rheingauer Bote

Rüdesheimer Zeitung  
Amtliches Bekanntmachungsblatt

Anzeigenpreis: 35 Bfg. für die einpaltige  
Beitragteile, für auswärtige Anzeigen 40 Pfennig.  
Textteile im Reklamenteil 90 Pfennig. — Bei  
mehrmaliger Aufnahme entsprechender Nachsch.  
Druck und Verlag:  
H. Meier's Buchdruckerei, Rüdesheim a. Rh.

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mitt-  
woch und Freitag. Bezugspreis: viertel-  
jährlich Mk 6.—, in der Geschäftsstelle abgeholt  
Mk 5.80. Durch die Post bezogen vierteljährlich  
Mk 6.— ohne Bestellgeld  
Verantwortlicher Schriftleiter: Karl Meier

Fernsprecher 295.

Nummer 149.

Freitag, den 24. Dezember 1920.

44. Jahrgang.

## Weihnachten 1920.

Winterlich kahl ist die Erde und leise  
hüllen die Schatten der Dämmerung sie ein. —  
Horch, da ertönt eine heilige Weise!  
Hell durch das Fenster bricht strahlender Schein:  
Weihnachtskerzen sind rings erglommen;  
Weihnacht das herrliche Fest gekommen!

Lang schon in hoffender Sehnsucht erharteten  
Kinderherzen die wonnige Zeit!  
Welch ein geheimnisvollselbes Erwarten,  
Eh' die verschlossenen Türen sich weit!  
Öffnen, dem staunenden Aug zu enthüllen,  
Wie alle Wünsche sich herrlich erfüllen!

Selig ein Kind noch zu sein! Zu untrüben  
fröhlichen Sinnes den strahlenden Baum!  
Weihnachtslieder gemeinsam zu singen;  
Glückberauscht, es zu ahnen kaum,  
Daß es in manchen Häusern und Herzen  
fehlt an Glück und leuchtenden Kerzen.

Hier ein Haus, draus jubelnd erschallen  
Weihnachtslieder in munterem Chor; —  
Dort, ein stiller Raum, wo entfallen  
Tränen dem Auge; es steigen empor  
Seufzer der Trauer. — Ein schmerzlich Vermissten  
Das, was der Tod vom Herzen gerissen!

Fröstelnd und trauernd in düsterer Kammer  
Sitzen die Kinder der Armut und Not,  
Auch erfüllt ist von Schmerz und Jammer  
Vater und Mutter, es fehlt ja an Brot!  
Nacht nicht das Mitleid wird heute wohl nimmer  
Weihnacht durchleuchten das einsame Zimmer.

Weihnachtsglocken ertönen! — Frieden  
Freude und Heil verheißt ihr Geläut!  
Euch auch erklingen sie, denen beschieden  
Sorge und Kummer zu Weihnachten heut!  
Glaubt: „nach dunkel wirds licht wieder werden!“  
Ehre sei Gott und Friede auf Erden!

## Die Finanzkonferenz in Brüssel.

Eine deutsch-französische Schadenerlastkommission

\* Brüssel, 22. Dez. Ueber den von Bergmann in  
der Sitzung vom Samstag entwickelten Plan der  
Errichtung einer deutsch-französischen Kommission  
zur Regelung der Lieferungen und Sachleistungen  
macht der Brüsseler Korrespondent der „Rheinisch-  
Westfälischen Zeitung“ folgende ergänzende Mit-  
teilungen:

Bekanntlich ist schon unlängst der Plan aufge-  
taucht, eine französisch-deutsche Schadenerlastkonfe-  
renz in Wiesbaden abzuhalten, wogegen jedoch  
die Engländer Einspruch erhoben mit der Drohung,  
daß sie sich bei Bewirklichung dieses Vorschlags  
von der ganzen Schadenerlastfrage zurückziehen  
würden. Dem heutigen Plan scheinen sie jedoch  
eher freundlich gesinnt zu sein. Die englischen Ab-  
geordneten sprachen sich im Gegensatz zu den fran-  
zösischen nach der gestrigen Konferenz optimistisch  
aus. Man hört jetzt mehrfach die Meinung, daß  
die Franzosen infolge der traurigen Zustände in  
Rußland, Polen und Oesterreich nach und nach zu  
der Ueberzeugung gelangten, daß man versuchen  
müsse, den wichtigsten Schuldner, Deutschland, auf  
den Reinen zu halten, damit wenigstens aus  
Deutschland noch etwas für Frankreich herausgeholt  
werden könne. Die französischen Delegierten mach-  
ten übrigens einen Sondervorschlag zu der  
Entschädigungsfrage. Danach soll Deutsch-  
land einen Kredit von 5 Milliarden Mark zur Ver-  
fügung stellen. Die Franzosen, die Forderungen an  
die deutsche Regierung haben, sollen dann in  
Deutschland die Dinae laufen, die sie brauchen und  
sie aus diesem Kreditfonds bezahlen. Wie verlautet  
hebt man in Berlin einem solchen Plan nicht  
günstig gegenüber.

Als die Hauptschwierigkeit der Konferenz be-  
zeichnet der Korrespondent des genannten Blattes  
die Frage der Zahlung der 20 Milliarden in Gold-  
mark, die im Mai 1921 fällig werden. Deutschland  
hebt bekanntlich auf dem Standpunkt, daß diese  
Summe schon vollständig bezahlt sei, während die  
Entente das Staatseigentum der abgetretenen Ge-

bierte auf diese Schuld nicht anrechnen wolle. Sie  
behauptet, daß Deutschland diese Zahlungen noch  
besonders zu leisten habe. Wie man über diese  
strittige Frage hinwegkommen wird, sei noch völlig  
unklar.

\* Brüssel, 22. Dez. (Von unserem Sonder-  
berichterstatter.) Die Brüsseler Sachverständigen-  
konferenz wurde heute nach gut einstündiger  
Sitzung auf Montag, den 10. Januar, 10 Uhr vor-  
mittags, vertagt. Die heutige Sitzung war aus-  
gefüllt durch einen Bericht von Delacroix über den  
Stand der bisherigen Arbeiten der Konferenz, die,  
wie Delacroix besonders betonte, trotz der kom-  
menden Feiertage auch in der Zwischenzeit durch  
die mit der Prüfung und der Erörterung beauf-  
tragten alliierten und deutschen Delegierten kräf-  
tig gefördert werden sollen. Es handelt sich dabei  
im besonderen um eine weitere Erörterung des  
deutschen Budgets, wobei auch die Frage der Schul-  
den und der Steuerlasten vergleichend behandelt  
werden soll; ferner um Sach- und Geldleistungen,  
die Reistbegünstigung, den deutschen Schiffsraum,  
den Art. 18, die Besatzungskosten und die Seque-  
strationen. Das zweite Mitglied der französischen  
Delegation, Chevillon, hat die Prüfung und Erör-  
terung etwaiger weiterer Fragen übernommen.  
Die Spezialfrage des Clearing wird vom zweiten  
englischen Delegierten John Bradbury weiter be-  
handelt werden. Die Arbeiten der Konferenz wer-  
den also unbeschadet der Pause in vollem Gange  
bleiben. Die deutsche Delegation verläßt heute  
nachmittag Brüssel.

## Neue Eisenbahner-Forderungen.

\* Berlin, 23. Dez. Wie die Berliner Morgen-  
blätter berichten, haben die vier großen Eisenbah-  
nerverbände der Reichsregierung, dem Reichstag,  
dem Reichsfinanzministerium und dem Reichsver-  
kehrsministerium ihre Forderungen übermittelt.  
Sie verlangen für die Eisenbahner eine Er-  
höhung des Feuerungszuschlages um eine Mark  
pro Stunde und für die Beamten eine Erhöhung  
der Feuerungszuschläge bis zu 90 Prozent. Wei-  
ter verlangen sie, daß das Besoldungsgehalt in allen  
seinen Teilen bis Weihnachten in Kraft gesetzt  
wird und daß wegen der vom Reichstag geforder-  
ten Revision des Besoldungsgehaltes sofort mit  
allen Spitzenorganisationen in Verhandlungen ein-  
getreten wird. Die Regierung wird erinndt, den  
Zeitpunkt mitzuteilen, in dem die Verhandlungen  
beginnen können. Den Forderungen ist der be-  
kannte Antrag beigelegt, der die Streikdrohung  
enthält. Die Zuschrift schließt mit einem Hinweis  
auf den Ernst der Lage. Zum ersten Male bildet  
das gesamte Eisenbahnerpersonal eine Einheitsfront  
zur Erämpfung besserer Existenzverhältnisse. —  
In einer Besprechung der Forderungen der Eisen-  
bahner stellt die „Deutsche Allg. Ztg.“ die Tatsache  
fest, daß die großen Verbände vorerst nach den  
Verhandlungsweg beschritten haben. Das Blatt  
hofft, daß es zu einer Verständigung kommen  
werde und daß die Eisenbahner sich einsichtig zeig-  
en würden, wenn die Regierung bis an die  
Grenze des Möglichen gehen werde.

## Die Auswanderung.

\* Berlin, 21. Dez. Die Frage der Auswan-  
derung hat in diesen Tagen das Ministerium für  
Volkswohlfahrt in einer Sitzung beschäftigt, zu der  
ein großer Teil Autoritäten auf wissenschaftlichem  
Gebiete zugezogen worden war. Ein Teilnehmer  
berichtet darüber folgendes:

„Die Nachrichten, daß ein ungeheurer Trieb  
zur Auswanderung das deutsche Volk  
erfaßt habe, häufen sich in letzter Zeit in be-  
unruhigender Weise. 15 Millionen Europäer sollen  
bereits durch transatlantische Linien dem Einwan-  
derungskommissar gemeldet sein, darunter allein  
mehr als 5 Millionen Deutsche. Dazu  
kommt die Auswanderung in andere Teile der  
Welt. Es scheint eine verhängnisvolle Tatsache,  
daß Deutschland im nächsten Jahr nicht viel mehr  
als fünfzig Prozent seiner Bevölkerung aus eigen-  
en Lebensmittelvorräten wird ernähren können.  
So könnte an sich die Auswanderung als eine er-  
freuliche Entlastung begrüßt werden. Aber die  
Sache hat eine Rehrseite. Das ist die biologische  
oder rassenhygienische Bedeutung. Hält, wie vor-  
ausgesetzt ist, die Auswanderung mehrere Jahr-  
zehnte an, so findet ein dauernder Verlust der best-  
veranlagten Menschen und eine dauernde Aus-  
magerung rassehygienisch wertvollen Erbgutes statt.  
Aus diesem Grunde darf der Auswanderung nicht  
freier Lauf gelassen werden, und wenn auch der  
Friede von Versailles verbietet, Auswanderungs-  
lustigen Hindernisse in den Weg zu legen, so sollte  
man doch nichts unversucht lassen, weiteste Volks-  
kreise über die Bedeutung der Auswanderung auf-  
zuklären. Man sollte auch nicht versäumen, die

Tatsache zu verbreiten, daß heute weit mehr als  
vor dem Krieg die Lebensbedingungen in frem-  
den Ländern für deutsche Auswanderer so unge-  
heuer erschwert sind, daß bestenfalls nur ein ganz  
winziger Teil von ihnen das Ziel erreicht, die  
Mehrzahl aber mit Sicherheit verelenden und zu-  
grunde gehen wird. Man sollte auch nicht ver-  
säumen, den Auswanderungstrieb statt in fremde  
Länder in die eigene Heimat zu lenken. Zu  
ihren harren noch ungeheure Strecken unbe-  
bauten Landes der tatkräftigen Hand. Rund  
2½ Millionen Hektar Oed- und Moorland liegen  
in Deutschland brach, welches Raum für mehrere  
Millionen Menschen und Nahrungsmittel für  
nahezu 10 Millionen Menschen geben könnte. Dazu  
kommen 2½ Millionen Hektar Sumpfland, welches  
auf Entwässerung und Bebauung wartet. Es ist  
Pflicht der Regierung, hierauf das Augenmerk aller  
Volkskreise zu lenken und unverzüglich die Mittel  
bereitzustellen, welche es dem heimatlos geworde-  
nen und zur Auswanderung bereiten Deutschen  
ermöglichen, den Neuanfang seiner Existenz in An-  
griff zu nehmen. Die Begründung von Heimstän-  
den mit Gartenland im Umkreis der Städte und  
im Revier des Verbaues ist gewiß schon etwas  
wert, aber es genügt nicht, um die Städte zu ent-  
lasten. Es muß gelingen, den Ueberfluß der Be-  
völkerung auf das flache Land zu lenken. Dazu  
dient das Siedlungswesen in mancherlei Gestalt,  
als einzelbäuerliche Siedlung oder als Siedlungs-  
genossenschaft mit Anteilwirtschaft. Aus rasse-  
hygienischen Gründen muß ferner die Ueberfüh-  
rung Jugendlicher in die Landbezirke planmäßig  
betrieben werden. Aus der großen Zahl der 14-  
bis 16jährigen — nach der Volkszählung von 1910  
waren es rund 2½ Millionen, von denen an-  
nähernd die Hälfte in den Städten lebt — müssen  
die Anherren künftiger Bauerngeschlechter heraus-  
genommen werden.“

## Hardings Plan.

\* Basel, 21. Dez. Wie aus Marion (Ohio) ge-  
meldet wird, umschrieb Harding in einer Reihe  
von Konferenzen mit den hervorragenden Partei-  
führern in scharfer und präziser Form den Plan,  
wie er ihn für die von ihm einzuschlagende Außen-  
politik aufgestellt hat und zur Ausführung bringen  
wird, sobald er Präsident der Vereinigten Staaten  
ist. Man nimmt an, daß sein Einfluß ausreicht,  
die unversöhnlichsten Gegner einer Einigung mit  
den europäischen Mächten dazu zu bringen, daß sie  
einsehen, wie notwendig eine Vereinigung mit  
diesen Mächten ist. Senator Fall, einer der in-  
timsten Vertrauten Hardings, erklärte nach einer  
Ausprache mit Harding, daß zweifellos kurz nach  
dem Amtsantritt Hardings neue Verhandlungen  
in Washington beginnen werden, durch die Artikel  
10, 11 und andere Paragraphen des Völkerver-  
trages, gegen die der Senat Opposition macht,  
geändert werden sollen. Fall ist der Ansicht, daß  
Amerika auf diese Weise in der Lage wäre, die  
Leitung der Welt zu übernehmen, und  
er erklärt, daß alle anderen Nationen bereit seien,  
alle Bedingungen Amerikas anzunehmen, um sich  
die Mitarbeit Amerikas beim Wiederaufbau der  
Welt zu sichern. Aus den Diskussionen anlässlich  
der Hardingschen Konferenzen gehe im allge-  
meinen hervor, daß in verantwortlichen Kreisen der  
neuen Regierung die Entschlossenheit vorherrscht,  
zwischen Amerika und Europa das beste Einver-  
nehmen und ein enges Zusammenarbeiten herzu-  
stellen.

## Eine Rettungs-Anleihe für Oesterreich?

\* Kopenhagen, 21. Dez. In englischen Regie-  
rungskreisen beabsichtigt man, um Oesterreich vor  
dem vollständigen Zusammenbruch zu retten, die  
Gewährung einer Anleihe von etwa 63 Mil-  
lionen Pfund Sterling (das sind etwa 157  
Milliarden Kronen) an diesen Staat. Zur Sicher-  
ung seiner Forderung will England den öster-  
reichischen Staatshaushalt seiner Kontrolle unter-  
werfen. An der Anleihe sollen sich mit kleineren Bei-  
trägen auch die Successionsstaaten der alten öster-  
reichisch-ungarischen Monarchie beteiligen, sowie  
diejenigen Staaten, denen infolge des Friedens-  
vertrages Teile des alten österreichisch-ungarischen  
Staates zugefallen sind, insbesondere Rumänien  
und Italien.

\* Wien, 21. Dez. In Oesterreich haben dieser  
Tage die Bäckereigehilfen höhere Löhne verlangt.  
Gleichzeitig forderten auch die Bäckereibesitzer  
höhere Zuschüsse zu ihren Betriebskosten, da die  
fortwährende Verteuerung aller Materialien mit  
dem gesetzlich begrenzten Brotpreis nicht mehr ver-  
einbar sei. Nach einigem Hin und Her wurde  
beiden Parteien ihr an sich sehr berechtigtes An-  
spruchen bewilligt. Damit aber die Brotpreise nicht

maglos emperschnellen möchten, wurde keine Abwägung auf die Konjunktur gestattet, sondern der brave Vater Staat selbst erklärte sich bereit, die Differenzen zunächst drauzuzahlen. Es ist wirklich ein braver Staat, denn mit dieser Regelung ist er an dem Punkte angelangt, daß er noch etwas drauzahlt, wenn man ihm nur gestattet, gratis und franko Ware zu liefern. Dem Staat Oesterreich kostet das sogenannte Mehl für einen Laib Brot von 900 Gramm gegenwärtig nämlich 43 Kronen. Er gab dieses Mehl den Bäckern schon bisher für 1,60 Kronen ab, also 41,40 Kronen unter Selbstkosten. Uebernimmt er nun auch noch die neuen Bäcker- und Gehilfenforderungen, — die sich etwa auf 4 Kronen pro Laib belaufen, — so wird er tatsächlich jedem Bäcker der sich dazu herabläßt, sogenanntes Brotmehl von ihm zu beziehen, pro Laib noch 2,10 Kronen zuzahlen. Der Finanzminister kann sich nun also ausrechnen, wieviele Laibe Brot Oesterreich im Jahre verzehret, wie oft mal 4,50 Kronen er mithin ins Budget einzustellen hat. Wird er aufschreien, der schwerbedrängte Mann? — Wird er anklagen, wird er verzweifeln?

**\* London, 22. Dez.** Im Unterhause erklärte gestern Lloyd George, die Regierung sei gewillt, der herrschenden Arbeitslosigkeit zu steuern und bedauere besonders, daß in der Bauindustrie 500 000 Arbeitslose zu verzeichnen seien, was mit Rücksicht auf die Wohnungsfrage sehr unangenehm sei. Die Regierung werde daher den Gewerkschaften zur Lösung der Krise geeignete Vorschläge unterbreiten. Er sei aber der Ansicht, daß die außerordentlichen Schwierigkeiten, vor die alle europäischen Staaten gestellt seien, nur gehoben werden könnten, wenn man Mittel und Wege finde, um Mitteleuropa neue Handelswege zu eröffnen. Die Arbeitslosigkeit könne man nicht dadurch steuern, daß man neue Straßen baue, der springende Punkt sei seines Erachtens die Wiederherstellung des Handels, damit England wieder laufen und verkaufen könne.

**\* Rom, 22. Dez.** In dem geheimen Konfessionarium vom 16. Dezember hielt der Papst eine Ansprache, in der er auf zwei ihn beschäftigende Fragen hinwies. Er bedauerte die Haltung eines Teiles des tschechischen Klerus und betonte, daß die Kirche nie ihre Einwilligung zur Aufhebung oder auch nur zur Abschwächung des Zölibates geben werde, da dieses so heilige Gesetz zum größten Teil den gegenwärtigen Glanz der lateinischen Kirche gesichert habe. In zweiter Linie wies er darauf hin, daß er mit Bedauern feststellen müsse, daß die Beschlüsse von Versailles nicht immer im Geiste der Wirklichkeit zur Anwendung gelangen, da man an verschiedenen Orten in Verkennung des Wirkens der katholischen Missionen und entgegen den Interessen der Religion und Zivilisation allerlei Hindernisse aufwerfe.

## Bermischte Nachrichten.

### Stadtverordneten-Sitzung

am Donnerstag, 23. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Anwesend unter dem Vorsitz des stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers Herrn Peter Breuer, die Herren Hugo Asbach, Jos. Barth, Rektor Bertram, H. Christian, J. Ad. Dries, Leonh. Dries, Jos. Gepp, Ad. Koch, R. Meier, Aug. Ras und C. Richter.

Vonseiten des Magistrats waren die Herren Bürgermeister Neumann und Schöffe E. Buß erschienen.

Die Tagesordnung fand wie folgt ihre Erledigung.

1. Wahl des Schiedsmanns.

Auf Vorschlag des Wahlausschusses wurde als Schiedsmann Herr Carl Heymach gewählt.

2. Anrechnung privater Tätigkeit für die Ruhegehalts- und Hinterbliebenensfürsorge bei den Herren Werkmeister Amedik, Werkmeister Stolle, Stadtbaumeister Kraß und Polizeiwachtmeister Schlotter. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Anträgen stattzugeben, da die Nachzahlungen von den betreffenden Beamten selbst geleistet werden.

3. Ergänzung des Gemeindefürsorgeausschusses.

Nach dem Vorschlage des Wahlausschusses wurden in diesen Ausschuss Frau Louis Hirschberger Ww. und Frau Dina Weis gewählt.

4. Festsetzung der Kosten für die Stellvertretung des Bürgermeisters.

Es wurde in dieser Angelegenheit folgender Beschluß gefaßt:

- a) während der ersten 7 Tage nichts zu vergüten,
- b) für die weitere Zeit ein Tagegeld von 50 Mk. ohne Unterschied der Person zu zahlen,
- c) in Fällen außergewöhnlich langer Vertretung, die Entschädigung besonders zu regeln.

Ueber die Sätze bei b) ist zum 1. April jeden Jahres neue Beschlußfassung erforderlich.

5. Gemeindefürsorge von der Reichsteuer freigelassenen Einkommensteiles.

Diese Angelegenheit wurde, ehe sie der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt wurde, dem Finanz- und Ausschuss zur Vorberatung überwiesen. Dessen Referent, Stadtv. Bertram, berichtete in eingehender Weise über diese Vorlage und empfahl die vom Magistrat beschlossene Steuerordnung zur Annahme.

Es entspann sich hierüber eine sehr lange Debatte. An dieser beteiligten sich die Stadtv. Barth, Meier,

Asbach, Christian und Richter. Stadtv. Meier beantragte die Vorlage zu vertagen, weil man sich erst mit dieser Sache beschäftigen müsse. Dieser Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt. Hierauf wurde auf Antrag des Stadtv. Richter mit Stimmenmehrheit beschlossen, der Steuerordnung zuzustimmen.

Sodann wurde nach kurzer Beratung über die vom Stadtv. Christian gestellten Abänderungen in bezug auf Erhöhung der Grenze des steuerbaren Einkommens die Vorlage in folgender Fassung genehmigt:

§ 1. Die Stadtgemeinde Rüdeshheim erhebt als Wohnsitzgemeinde von denjenigen Mindesteinkommen, die gemäß § 20 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 von der Reichseinkommensteuer frei bleiben, eine Gemeindefürsorge nach folgenden Grundätzen.

§ 2. Steuerpflichtige, deren steuerbares Einkommen 12 000 Mk. nicht übersteigt, bleiben von der Steuer frei. Bei verheirateten Steuerpflichtigen erhöht sich die Grenze auf 15 000 Mk. und bei solchen mit unterhaltsberechtigten Kindern um weitere 1500 Mark für jedes Kind. Den Verheirateten sind gleichzustellen Steuerpflichtige, die allein oder überwiegend für mindestens einen Haushaltangehörigen zu sorgen haben, vorausgesetzt, daß ihnen die gesetzliche Unterhaltungsspflicht obliegt und von ihnen erfüllt wird.

§ 3. Der Steuerpflichtige unterliegt die Hälfte des nach § 20 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes reichssteuerfreien Einkommens. Steuerpflichtige, deren reichseinkommensteuerfreier Einkommensanteil nicht mehr als 1500 Mk. beträgt, werden mit dem ganzen, der Reichseinkommensteuer nicht unterliegenden Einkommensanteil veranlagt, wenn deren Einkommen mehr als 12 000 Mk. beträgt. Die nach § 20 Abs. 2—4 des Einkommensteuergesetzes reichssteuerfreien Einkommensanteile unterliegen der Besteuerung nach dieser Ordnung nicht.

§ 4. Die Steuer wird gemäß § 30 des Landessteuergesetzes nach dem höchsten Prozentsatze erhoben, mit dem die betreffenden Steuerpflichtigen zur Reichseinkommensteuer herangezogen sind.

§ 5. Gegen die Veranlagung findet das gleiche Rechtsmittelverfahren Anwendung, wie gegen die Veranlagung zur Reichseinkommensteuer.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft.

**\* Rüdeshheim, 24. Dez.** Die Weihnachtsglocken klingen schon durch das Land und läuten das hohe Fest an, dessen sich Alt und Jung freuen. Bald strahlt der Weihnachtsbaum im hellen Lichte und verschönt mit seinem Schimmer die Gaben, die von liebenden Händen aufgebaut sind. Fröhliche Kinderstimmen erschallen in jubelndem Weihnachtslied, feuchte Elternaugen blicken sich an, wenn das Jauchzen der Kinder ihnen den Dank für die Geschenke abkattet, und wo man einen lieben Angehörigen, einen Freund in der Nähe oder Ferne hat, da richten sich heute die Gedanken mit herzlichen Glückwünschen auf ihn. Deshalb möchten wir auch heute nicht unterlassen, unseren Lesern recht troche glückliche Feiertage zu wünschen.

**\* Rüdeshheim, 24. Dez.** Auf die am 2. Weihnachtsfeiertag stattfindende Abendunterhaltung der Turngemeinde machen wir an dieser Stelle unter Hinweis auf das heutige Inserat nochmals aufmerksam. Eintrittskarten für alle Plätze sind im Vorverkauf durch Frau May erhältlich.

**\* Rüdeshheim, 24. Dez.** (Der Fußball im Dienste der Wohltätigkeit.) Wie in den Großstädten, so hat sich auch in Rüdeshheim der Sportverein dazu entschlossen am 2. Feiertag, nachmittags 1 Uhr, ein Propagandaspield zum Besten der noileidenden Kinder von Rüdeshheim zu veranstalten. Als Gegner wird die spielstarke Mannschaft der Fußballabteilung des Männerturnvereins Kreuznach auf dem Plane erscheinen.

**\* Rüdeshheim, 24. Dez.** In der letzten Sitzung des Kreistages wurde u. a. beschlossen, zur Deckung des Fehlbetrages im Kreisshaushaltsplane für 1920 eine Kreisabgabe von 40 Prozent der Real- und Betriebssteuer zu erheben. Des weiteren wurde beschlossen, die Fortbildungsschulpflicht auszudehnen auf alle im Rheingaukreise wohnhaften jugendlichen Personen beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren, die seit Ostern 1918 die Volksschule verlassen haben und keine weitergehende wissenschaftliche oder künstlerische Ausbildung genießen. — Von einer Aenderung der Regelung der Besoldung der Kreisbeamten wurde abgesehen und beschlossen, die erneute Prüfung zu vertagen, bis die Neuregelung der staatlichen Beamtenbesoldung durchgeführt und das in Aussicht stehende Sperrgesetz erlassen sein wird.

**\* Rüdeshheim, 24. Dez.** (Ein Handwerkerbeirat.) Der Reichswirtschaftsminister Scholz hat anlässlich der Debatten über den Etat des Reichswirt-

schaftsministeriums zwei das Handwerk betreffende Erklärungen abgegeben. Einmal hat er ausgeführt am 30. November, daß das Handwerk durch eine angemessene Beteiligung an öffentlichen Aufträgen unterstützt werden müsse. Von ganz besonderem Wert war seine zweite Erklärung, daß er bereit sei bei seinem Ministerium einen Handwerkerbeirat zu führen. Damit ist eine der wesentlichsten Forderungen des Handwerks erfüllt.

**\* Rüdeshheim, 24. Dez.** Die Gründung eines Hafenerverbandes des Rheinstromgebietes, der sich über das ganze Gebiet des Rheins, seiner Nebenflüsse und sonstigen Anschlußwasserstraßen erstreckt, wurde in Mainz vollzogen. Anwesend waren die Vertreter aller wichtigen Hafenkäbte aus dem Gebiet, das von den Städten Emmerich, Hannover und Bamberg umgrenzt wird. Der Verband bezweckt den Zusammenschluß sämtlicher Hafengemeinden des Rheinstromgebietes zur gemeinsamen Verfolgung ihrer Verkehrs- und wasserwirtschaftlichen Interessen. Der vorläufige geschäftsführende Ausschuss besteht aus den Vertretern der Städte Dortmund, Köln, Mannheim und Mainz; letztere Stadt führt den Vorsitz.

**Lorch, 21. Dez.** In der Berggrutschangelegenheit sind die Verhandlungen mit der Staatsregierung in Berlin wegen Uebernahme des entstandenen Schadens immer noch nicht zum Abschluß gelangt. Der gesamte Schaden wird auf über eine Million Mark berechnet, wovon der Staat aber nur einen kleinen Teil übernehmen wil, während der Rheingaukreis den weitaus größten Teil aus eigenen Mitteln aufbringen soll. In seiner letzten Sitzung hat der Kreistag des Rheingaukreises zu Rüdeshheim daher beschlossen, erneut bei der Staatsregierung dahin vorstellig zu werden, daß der gesamte durch den Berggrutsch in Lorch angerichtete Schaden als Staatsbeihilfe bewilligt wird, da die jetzt verlangte Beschaffung eines erheblichen Teiles der Schadensumme im Wege der Darlehnsausnahme tatsächlich unmöglich ist.

**Frankfurt, 21. Dez.** In der letzten Nacht wurde aus einem Kofferraum des Eisenbahnwerkstättenamtes in Nied eine halbe Million Mark in Fünfzig- und Hundertmarkscheinen gestohlen. Die Hälfte des Betrages fand man in einem Nebenzimmer wieder. Die Diebe scheinen gut passende Schlüssell gehabt zu haben, da alle Behälter wieder gut verschlossen waren. Auf Herbeischaffung des fehlenden Geldes und Ermittlung der Täter setzte die Eisenbahnverwaltung eine Belohnung von 10 000 Mk. aus.

**Koblentz, 21. Dez.** Vor etwa 3 Wochen überfielen Rheinpiraten bei Remagen einen Schlepplzug, betäubten die schlafenden Bootsinassen und raubten dann sämtliche Wertachen, Börsenpapiere und einen bei einer Rotterdamer Bank einlösbaren Scheck über 10 000 Gulden. Die Strompolizei veranlaßte sofort die Sperrung des Schecks bei der Rotterdamer Bank. Hier wurde vor einigen Tagen einer der Räuber, als er den Scheck einlösen wollte, verhaftet. Der Räuber entpuppte sich als ein junger Mann aus Ripp am Rhein.

**Essen, 22. Dez.** Die Friedrich Krupp A.-G. in Essen hatte voriges Jahr 92 000 Arbeiter davon in Essen allein 50 000. Grundbesitz und Werksanlagen sind 257 Millionen Mark wert, die Vorräte 804 Millionen Mark, die Guthaben für Lieferungen 452 Millionen Mark. Der Betriebsüberschuss beträgt 159 Millionen Mark, der Reingewinn 79,5 Millionen Mark. Eine Dividende kommt wieder nicht zur Auszahlung.

## Gottesdienst-Ordnung

### Katholische Kirche zu Rüdeshheim.

#### Samstag: Hochheiliges Christfest.

- 6 Uhr Messen mit Predigt und Te Deum.
- 1/7 Uhr hl. Messe in der Schwesternkapelle und im St. Josephskloster.
- 1/8 und 1/9 Uhr hl. Messen in der Pfarrkirche.
- 1/10 Uhr Hochamt, Predigt und Te Deum.
- 2 Uhr Vesper. 4 Uhr Reichstischl.

#### Sonntag: 2. Christtag.

Fest des Erzmartyrers Stephanus mit festlichem Gottesdienst.

### Evangelische Kirche zu Rüdeshheim.

Samstag, den 23. Dezember

#### (1. Christtag.)

Borm. 1/10 Uhr: Hauptgottesdienst mit folgender Vorbereitung und Feier des heil. Abendmahls. Mitwirkung des Kirchenchores. Kollekte für die Erziehungs- und Pfliegenanstalt in Scheuern.

Sonntag, den 24. Dezember 1920.

#### (2. Christtag.)

Borm. 1/10 Uhr: Hauptgottesdienst.  
Borm. 1/11 Uhr: Kindergottesdienst.

## Letzte Nachrichten.

### Die deutsche Note über die Einwohnerwehren.

\* Berlin, 23. Dez. Das Auswärtige Amt hat dem Vorsitzenden des interalliierten Ueberwachungsausschusses für das Landheer, General Koller, unterm 22. Dezember eine Note zugehen lassen, die sich mit der jüngsten Note der Alliierten betr. die Entwaffnung der Einwohnerwehren befaßt. In dieser Note, die vom Staatssekretär Dr. Simons unterzeichnet ist, wird die Auffassung der Alliierten zunächst als irrig bezeichnet, daß die deutsche Regierung nach dem Versailler Vertrage zur Auflösung aller Selbstschutzorganisationen verpflichtet sei. Diese Organisationen verpflichten nicht gegen den Friedensvertrag und seien eine innere Angelegenheit Deutschlands. Sie seien aber dennoch nur als einstweiliger Notbehelf zu betrachten und müßten aus Gründen der Staatsautorität aufgelöst werden, sobald es die Verhältnisse gestatteten. Die Note weist dann nochmals auf die besondere Lage in Bayern und in Ostpreußen hin, wo die Entwaffnung erst allmählich vor sich gehen dürfe, stellt einige Angaben in der jüngsten Entennotie richtig und schließt dann wie folgt: Die deutsche Regierung kann daher nur die in ihrer Note vom 9. d. M. ausgesprochene Bitte an die alliierten Mächte wiederholen. Indem sie bittet, diese und die gegenwärtige Note zur Kenntnis der von Ihnen vertretenen Regierungen zu bringen, gestattet sie sich, darauf hinzuweisen, daß bis jetzt an Waffen, die nicht Selbstschutzorganisationen gehören, im ganzen 791 Geschütze, Minenwerfer und sonstige Wurfmaschinen, 9133 Maschinengewehre und 1 373 730 Gewehre, Karabiner und Pistolen abgeliefert und in der Hauptache auch schon zur Verschrotung gelangt sind. Außerdem sind auf Grund des Entwaffnungsgesetzes vom 7. August 8494 Maschinengewehre und 80 653 Gewehre angemeldet worden. In diesen Zahlen ist die Bewaffnung der Selbstschutzorganisationen enthalten. Von den so angemeldeten Maschinengewehren ist der weitaus größte Teil ebenfalls bereits abgeliefert und unbrauchbar gemacht worden, und zwar schon vor dem 1. Dezember. Dies gilt auch für Hannover. In Württemberg befaßen die Selbstschutzorganisationen keine Maschinengewehre mehr. Auch von den angemeldeten Gewehren sind schon beträchtliche Mengen eingegeben. Die deutsche Regie-

rung glaubt erwarten zu können, daß dieses Ergebnis ihres ernstlichen Bemühens Anerkennung findet. Eine weitere Einziehung der letzten Waffen der Selbstschutzorganisationen ist im Gange. Die deutsche Regierung wird auch weiterhin alles tun, um die in ihrer Note vom 9. d. M. angegebenen Termine innezuhalten. Sie hat keinen Grund, daran zu zweifeln, daß es ihr gelingen wird. Der Weg, den sie bei der ganzen Entwaffnungsaktion eingeschlagen hat, war der einzige, der nach Lage der Verhältnisse zum Ziele führen konnte. Sie hofft, daß sich die alliierten Regierungen dieser Erkenntnis nicht verschließen werden. Genehmigen Sie, Herr General, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung Dr. Simons.

### Die Privatschulden.

\* Berlin, 23. Dez. Die französische Regierung hat, wie wir hören, gestern durch ihren Botschafter in Berlin der Reichsregierung eine Note überreichen lassen, in der sie zur vorläufigen Einstellung der deutschen Zahlungen im Ausgleichsverfahren Stellung nimmt. Die französische Note behauptet, die Einstellung dieser Zahlungen stelle eine Verletzung des Friedensvertrages dar und verlangt deshalb, daß die Zahlungen an Frankreich in der bisherigen Weise von Deutschland fortgesetzt werden.

In der Tat könnte man in der Sistierung der deutschen Zahlungen einen Verstoß gegen den Friedensvertrag erblicken, wenn man lediglich den Artikel 296 des Friedensvertrages mit seinem Anhang als Rechtsgrundlage des deutsch-französischen Ausgleichsverfahrens ins Auge faßt. Von deutscher Seite ist aber bereits bei der Mitteilung über die vorläufige Einstellung der monatlichen Zahlungen darauf hingewiesen worden, daß auch für das Ausgleichsverfahren der Generalvorbehalt des Artikels 251 des Vertrages gilt, worin die Kosten der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen und alle anderen deutschen Zahlungen, die die Voraussetzung für die Erfüllung der Wiedergutmachungsverpflichtungen bilden, vor allen übrigen Leistungen aus dem Friedensvertrage mit Vorrang ausgestattet sind. In dieser Auffassung hält man hier auch gegenüber der neuen französischen Note fest.

## Abstimmung in Oberschlesien.

### Die Entscheidung der Alliierten

\* Paris, 24. Dez. An zuständiger Stelle wird bestätigt, daß die Verbündeten beschlossen haben die letzte deutsche Note wegen der Abstimmung in Oberschlesien nicht zu beantworten. Die interalliierte Kommission sei angewiesen worden, die Abstimmung nach ihrem Gutdünken zu regeln und auch den Tag der Abstimmung festzusetzen. Die ausgewanderten Oberschlesier würden einige Zeit nach den in der Heimat Verbliebenen in ihren Heimatgemeinden abstimmen. Die Verbündeten stehen auf dem Standpunkt, daß diese Regelung dem Versailler Vertrag entspricht.

### Der Schutz der Kriegsteilnehmer

\* Berlin, 21. Dez. Der Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen würde nach der Verordnung vom 16. Juni 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 1212) am 1. Januar 1921 ablaufen. Durch ein in der Sitzung des Reichstages vom 17. Dezember 1920 beschlossenes Gesetz, dessen Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt bevorsteht, ist in dessen dafür Sorge getragen, daß den Kriegsteilnehmern auch noch für ein weiteres halbes Jahr, also bis zum 1. Juli 1921, ein Schutz gegen Zwangsvollstreckungen zuteil wird. Die sachlichen Voraussetzungen für die Anwendung dieses Schutzes sind dieselben geblieben. Es tritt aber eine Änderung des Verfahrens insofern ein, als vom 1. Januar 1921 an die Vollstreckung gegen einen Kriegsteilnehmer nicht mehr der vorherigen Bewilligung durch das Vollstreckungsgericht bedarf, es vielmehr Sache des Kriegsteilnehmers sein wird, nach Beginn der Vollstreckung seinen Anspruch auf Gewährung des Schutzes durch Einspruch geltend zu machen.

### Würdelose Bettelerei

\* Berlin, 24. Dez. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wendet sich in einer halbamtlichen Mitteilung gegen die Bitten von Vereinen an das Ausland unter dem Deckmantel der Wohlfahrtspflege und der Wohltätigkeit und bezeichnet dieses Verhalten als würdelose Bettelerei, die das Ansehen der Deutschen im Auslande schädige. Die zuständigen Behörden seien ersucht worden, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die bezeichneten Vereine und Unternehmungen einzuschreiten.

# :: Männerchor „Harmonie“ Rudesheim :: Wohltätigkeits-Konzert am Neujahrstage!

## Wein-

Transporte müssen versichert werden, da sie heute auf Eisenbahn, Schiff und sonstigen Beförderungsmitteln (z. B. Fuhr, Kraftwagen, Boot) **grosser Gefahr** unterliegen durch

### Diebstahl, Bruch, Leckage und sonstige Verluste.

Beispielsweise haften bei begründeten Schadenersatzansprüchen die Schiffahrts-Gesellschaften und Spediteure nur in sehr beschränktem Masse. Die Eisenbahn lehnt bei **Wein in Fässern** Leckageschäden unter Berufung auf § 86, Ziffer (1)<sup>4</sup>, (2) u. (3) ab, wie sie auch für **Verluste in offenen Waggons** nicht haftet. In Kürze sind **neue Bestimmungen der Eisenbahn** zu erwarten, welche die **bisherige Haftung** in noch weit höherem Masse einschränken.

## Automobil-Casco und Haftpflicht- sowie Postmarken-Versicherung

zu neuzeitlichen Bedingungen und Prämien bei coulantester Schadensregulierung.

### Reisegepäck-Versicherung

## Wilh. Amberger

General-Vertreter von

„Agrippina“ in Köln,

„Mittleuropäische und Kölner Lloyd“

## Rudesheim a. Rh.

Fernsprecher Nr. 8.

### Trompeten- Mundstück

verloren. Abzugeb. geg. Belohnung in der Exped. ds. Bl.

### Harmonium

erste Marke, wie neu, äusserst preiswert zu verkaufen

A. Faaber, Mainz  
Kaiserstrasse 22.

### Tapeten

Sofas, Betten  
Federleinen

von Mt. 68.—

la. Federn

von Mt. 60.—

Matrassen

la. Nachstühle

von Mt. 48.—

la. Flanelle

v. Mt. 21.50

la. Markttaschen

v. Mt. 7.50

Milchschreie etc.

W. Thomas,

Rudesheim a. Rh.

Oberstraße 17.

# Turngemeinde Rüdesheim a. Rh.

gegr. 1847.

Am 2. Weihnachtsfeiertag in der Turnhalle:

## Abend-Unterhaltung

(turner. Vorführungen, Musikstücke, Marmorgruppen, Theater) mit anschliessendem BALL.

Kassenöffnung 6 Uhr. Beginn abends 7 Uhr.

Näheres durch die Programme.

Eintrittspreise: I. Platz (nummeriert) 5 Mk., II. Platz 4 Mk. Zum Ball wird Tanzgeld nicht erhoben. — Mitgliedskarten zu 2 Mk. sind im Vorverkauf am 2. Weihnachtstag von vormittags 10 bis 12 Uhr in der Turnhalle erhältlich.

Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein

Der Vorstand.

## Sportverein Rüdesheim a. Rh. 1910.

Am 2. Weihnachtsfeiertag, nachm. 4 Uhr im Saalbau Rölz

## Weihnachts-Feier

bestehend in

Theater, Stemen, Ringen u. Reigen.

Abends 7<sup>1/2</sup> Uhr

## Ball und Tombola.

Zu zahlreichem Besuch ladet höflichst ein

Der Vorstand.

## Bestellungen

für auf heißem Wege ordnungsmäßig imprägnierte gerissene Kiefernweinbergspfähle 1.75 Mtr. lang dergl. Weinbergsstüdel 1.50 m lg. 5—7 cm Topf

1.75 „ 5—7 „ „  
2 „ 7—8 „ „

auch kyanisiert zu den billigsten Tagespreisen nimmt entgegen

Toni Winau, Holzhandlung.

## Neues Lichtspieltheater

Saalbau Rölz, Rüdesheim.

Am Samstag, den 25. Dezember (1. Weihnachtsfeiertag) gelangen zwei erstklassige Schlager zur Auf- führung und zwar:

I.

## Auf der Alm da giebt's ka Sünd

Schwank in 3 Akten.

In der Hauptrolle Senny Borten.

II.

## „Der Weg der Gretl Lessen“

Schauspiel in 4 Akten

nach dem Roman „Arme Mädchen“ v. Paul Lindau.

In der Hauptrolle Lotte Neumann.

Anfang pünktlich 3 Uhr nachmittags.

— Kinder haben keinen Zutritt. —

— Der Saal ist gut geheizt. —

Um freundlichen Besuch bittet

Die Direktion.

Statt Karten.

Elisabeth Krämer

Wilhelm Herrmann

Verlobte

Eibingen

Rüdesheim a. Rh.

Weihnachten 1920.

Grösste Auswahl!

Billigste Preise!

Glasierte Wandplatten

Bodenplatten

einfarbig und schöne bunte Muster.

Stallplatten :: Tonrohre

Weissglasierte Spülsteine.

Emil Köbig, Wiesbaden

Adelheidstr. 54

Telefon 2402

Verlegen durch geübte Plattenleger.

Prompte, zuverlässigste Lieferung auch der kleinsten Mengen.

Günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer.

## Kathol. Gesellenverein Rüdesheim.

### Einladung zur Weihnachtsfeier

am 26. Dezember, abends 8 Uhr, im Kath. Gesellenhaus. Zur Aufführung gelangt das romantische Schauspiel aus dem 16. Jahrhundert

## „Der letzte Mönch von St. Kuni“

in 5 Aufzügen.

Anschliessend findet eine kleine Weihnachtsverlosung statt.

Während den Pausen Musikvorträge.

Preise der Plätze: Numm. Platz 5 Mk.; I. Platz 3 Mk.

## Nachmittags 3 Uhr: Kindervorstellung

Eintrittspreis für Kinder 50 Pfg.

Zum Besuche ladet ergebenst ein

Der Vorstand.

Wegen polizeiliche Beschlagnahme unserer Büroräume, sowie des Stifettierraums durch das Wohnungsamt, suchen wir geeignete Räume als Ersatz. Für Büro benötigen wir 5 Zimmer.

Apostelkellerei Peter Paulus & Sohn  
Rüdesheim a. Rh.

NB. Gilt sehr, da der ganze Betrieb ruht und das gesamte Personal bis zur Wiederaufnahme des Betriebes stellenlos ist.

## Die Zinsen von Schuldscheinanlehen

werden von heute an gegen Vorlage der Schuldscheine ausgezahlt.

Kassenstunden nur an Werktagen

von 8—12 und 2—4 Uhr.

— Samstag nachmittags geschlossen. —

Am 27. und 31. Dezember bleiben unsere Geschäfte geschlossen.

Rheingauer Bank, Geisenheim

Rheinische Volksbank, Geisenheim.

## Großer Posten

## Ia. Süssrahm-Margarine

eingetroffen, das Pfd. 15.50 Mt.

## Petry, Kolonialwaren

Rüdesheim, Neustraße.

## Schlachtgewürze

alles garantiert reingemahlen

gemahl. wß. Pfeffer

„ Nelken

„ Majoran

„ Thymian

„ Salpeter

Muskatnüsse Wurstkörnel

empfiehlt

## Drogerie August Laut

Markt.

## Krepp-Papier

empfiehlt

A. Meier